

**Beschluss (vorläufig) Freie Spree für alle: Badeverbot aufheben, entwickeln statt verhindern!**

Gremium: Landesausschuss  
 Beschlussdatum: 10.12.2025  
 Tagesordnungspunkt: 3. Verschiedenes

**Antragstext**

1 Fast 7 % der Berliner Stadtfläche besteht aus Wasser. Der größte Teil davon ist  
 2 für die Berliner\*innen nicht frei nutzbar, weil das Baden und Schwimmen in  
 3 Berliner Flüssen und Kanälen weitgehend verboten ist. Seit fast 100 Jahren.  
 4 Dieses pauschale Verbot, was in anderen Städten Deutschlands so nicht existiert,  
 5 bedeutet eine erhebliche Einschränkung für die Erholungs- und  
 6 Entfaltungsmöglichkeiten der Berliner\*innen und behindert, dass Berlin sein  
 7 enormes Potenzial als Wasserstadt nutzt.  
 8 Die Demonstrationen gegen das Badeverbot im Sommer 2025 haben gezeigt, dass  
 9 viele Menschen damit nicht mehr einverstanden sind. Sie wollen das Badeverbot  
 10 endlich abgeschafft wissen und endlich eine Weiterentwicklung der Stadt und  
 11 ihrer Gewässer sehen.  
 12 Wir als Bündnis 90/Die Grünen setzen uns dafür ein, dass die Bevölkerung Berlins  
 13 ihren Fluss und andere Gewässer „zurückbekommt“ und fordern deshalb:

- 14 • Der in §25 BWG bereits eingeräumte Gemeingebräuch soll für das Baden und  
 15 Schwimmen, gleichwertig mit anderen Ansprüchen (wie dem Recht des Befahrens mit  
 16 Booten, Entnahme von Wasser etc.) auch tatsächlich und engagiert durchgesetzt  
 17 werden.
- 18 Das Baden und Schwimmen ist im Prinzip immer freizugeben, wenn nicht zwingende  
 19 Gründe dagegensprechen.
- 20 • Es soll landesweit ein Wasserqualitäts-Monitoring-System aufgebaut werden, das  
 21 die Wasserqualität kontinuierlich überwacht. Das gibt den Berliner\*innen die  
 22 Informationsgrundlage, zu entscheiden, ob sie Schwimmen wollen oder nicht. Und  
 23 es gibt den Verwaltungen die Informationsgrundlage bei Extremwetterlagen  
 24 notfalls auch kurzfristige Sperrungen zu verhängen.
- 25 • Für das Fällen von Ermessensentscheidungen z.B. hinsichtlich der Sperrung  
 26 eines Gewässers aus wasserhygienischen Gründen soll der Senat wissenschaftlich  
 27 fundierte Kriterien entwickeln.
- 28 • Wie in anderen Bundesländern üblich, sollen lokale Verbote nicht starr in der  
 29 Badegewässerverordnung festgehalten werden, sondern eine leichte Anpassbarkeit  
 30 besitzen (z.B. ortsspezifische Allgemeinverfügung, statt Landesverordnung)  
 31 festgehalten werden.
- 32 • Über die Vorgaben des BWG hinaus sind keine weiteren Anforderungen an die  
 33 Freigabe eines Gewässers (z.B. bestimmte bauliche Ausstattungselemente o.ä.) zu  
 34 stellen. Gleichwohl fordern wir den Senat auf, möglichst barrierearme Zugänge  
 35 zum Wasser zu schaffen.
- 36 • Solange Gründe für ein Verbot bestehen, soll die Verwaltung verpflichtet  
 37 werden auch selbst pro-aktiv Lösungsmaßnahmen zu initiieren, umzusetzen oder zu  
 38 fördern. Falls Gründe für ein Verbot fortbestehen, muss die Verwaltung  
 39 transparent machen, welche Bemühungen konkret unternommen wurden und warum trotz  
 40 dieser Bemühungen keine Lösungen umgesetzt werden konnten.
- 41 • Die Verwaltung soll aktive Möglichkeiten zum Baden in der Stadt schaffen und  
 42 fördern, anstatt sie durch pauschale Verbote zu beschneiden. : Die zeitnahe

43 Einrichtung und Eröffnung einer Pilotbadestelle im Spreekanal, so wie in dem  
44 2025 von Senat und Bezirk Mitte verabschiedeten Integrierten Städtebaulichen  
45 Entwicklungskonzept Berliner Mitte (ISEK) beschrieben. Außerdem soll die  
46 Einrichtung weiterer innerstädtischer Schwimmstellen auch in Trägerschaft durch  
47 andere Bezirke, Vereine und landeseigene Unternehmen aktiv unterstützt werden.

**Beschluss (vorläufig)** Gemeinsam mit der Initiative Berlin autofrei für eine mutige und soziale Verkehrswende

Gremium: Landesausschuss

Beschlussdatum: 10.12.2025

Tagesordnungspunkt: 3. Verschiedenes

## Antragstext

1 Bündnis 90/Die Grünen Berlin gratulieren der Initiative „Berlin autofrei“  
2 herzlich zum Urteil des Berliner Verfassungsgerichtshofs, das die Zulässigkeit  
3 des von der Initiative eingeleiteten Volksentscheides für das „Gesetz zur  
4 gemeinwohlorientierten Straßennutzung“ bestätigt hat. Dieses Urteil ist ein  
5 Meilenstein für demokratische Beteiligung und Klimaschutz in unserer Stadt. Wir  
6 begrüßen, dass dieses Urteil den Diskurs und die Grenzen des Möglichen zugunsten  
7 größerer Freiräume für die Verkehrswende in ganz Deutschland verschoben hat.  
8

9 Wir würdigen das Engagement der Initiative, die mit ihrem Gesetzentwurf eine  
10 breite gesellschaftliche Debatte über die Zukunft des Verkehrs in Berlin  
11 angestoßen hat. Sie zeigt, wie eine Stadt gestaltet werden kann, in der  
12 öffentlicher Raum gerechter verteilt, Lebensqualität verbessert und  
13 Klimaneutralität ernsthaft verfolgt wird.

14 Wir teilen die Ziele der Initiative für mehr Lebensqualität und  
15 Verkehrssicherheit in Berlin durch eine Reduktion des motorisierten  
16 Individualverkehrs und der Stärkung des Umweltverbundes. Wir wollen gemeinsam  
17 mit der Initiative, der Zivilgesellschaft und den Berliner\*innen an der  
18 Umsetzung dieser Vision arbeiten und hierfür geeignete und effektive Maßnahmen  
19 entwickeln. Dabei legen wir weiterhin auch einen verkehrspolitischen Schwerpunkt  
20 auf den Ausbau des ÖPNV in den Außenbezirken und zu den Umlandgemeinden.  
21

22 Gleichzeitig hat die schwarz-rote Koalition in den letzten Jahren die  
23 Verkehrswende nicht nur ausgebremst, sondern den Rückwärtsgang eingelegt.  
24 Radwegeausbaustopp, Kaputtsparen des ÖPNV, Rückkehr zu Tempo 50 auf Berliner  
25 Hauptverkehrsstraßen - Berlin steuert unter Schwarz-Rot zurück in die  
26 Vergangenheit.  
27

28 Wir freuen uns deshalb sehr über die nun anstehende Debatte, welcher der beste  
29 Weg zur Umsetzung der Verkehrswende sein kann, die mit dem Gesetzesvorschlag der  
30 Initiative Berlin autofrei nun geführt werden kann. Wir arbeiten zugleich weiter  
31 für die Umsetzung des Mobilitätsgesetzes als Grundlage für eine Verkehrswende in  
32 Berlin.  
33

34 Der Landesvorstand wird beauftragt, den Dialog mit der Initiative „Berlin  
35 autofrei“ aktiv fortzusetzen und gemeinsam Wege zu entwickeln, wie die  
36 Verkehrswende politisch, rechtlich und planerisch weiter vorangebracht werden  
37 kann.  
38

39 Wir halten es ausdrücklich für richtig, dass es eine stadtweite Debatte über die  
40 Verkehrswende und auch über die vorgeschlagenen Maßnahmen gibt und über diese in  
41 dem direktdemokratischen Verfahren des Volksentscheids abgestimmt wird.  
42 Deshalb begrüßen wir es, wenn unsere Mitglieder sich an der  
43 Unterschriftensammlung für diesen Volksentscheid beteiligen.  
44

**Beschluss „Listen to the Science!“ Gemeinsam in Berlin für eine Migrations- und Asylpolitik der humanitären Vernunft**

Gremium: Landesausschuss  
Beschlussdatum: 10.12.2025  
Tagesordnungspunkt: 3. Verschiedenes

## Antragstext

- 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Politik, die der Wissenschaft zuhört:
- 2 „Listen to the Science!“
- 3 Unsere Migrations- und Asylpolitik der humanitären Vernunft setzt auf
- 4 Aufklärung. Dabei lassen wir uns von Wissenschaftler\*innen beraten.
- 5 Gesetzesvorhaben prüfen wir dahingehend, ob sie mit Grund- und Europarecht in
- 6 Einklang stehen. Das gilt auch für die beiden Gesetzentwürfe der schwarz-roten
- 7 Bundesregierung zur Anpassung des nationalen Rechts an die Reform des
- 8 Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS).
- 9 Am 3. November 2025 hat sich der Sachverständigenrat für Integration und
- 10 Migration zu den Gesetzentwürfen der Bundesregierung für ein GEAS-
- 11 Anpassungsgesetz sowie ein GEAS-Anpassungsfolgegesetz zu Wort gemeldet. Der
- 12 Sachverständigenrat äußert dabei scharfe Kritik an den geplanten gesetzlichen
- 13 Neuregelungen im Bereich „freiheitsbeschränkender und freiheitsentziehender
- 14 Maßnahmen, die aus unserer Sicht für eine wirksame Umsetzung der GEAS-Reform
- 15 weder zwingend erforderlich noch förderlich“ seien (Prof. Dr. Birgit Glorius,
- 16 Stellvertretende Vorsitzende).
- 17 Darüber hinaus legt der Sachverständigenrat besonderes Augenmerk auf die
- 18 wirksame Umsetzung des unabhängigen Menschenrechts-Monitorings gemäß Artikel 10
- 19 der neuen Screening-Verordnung: „Ein flächendeckender und unabhängiger
- 20 Monitoring-Mechanismus, also ein systematisches Kontrollsystem, das die
- 21 Einhaltung der Grundrechte überwacht, ist besonders wichtig, insbesondere da
- 22 Rechtsschutz gegen Entscheidungen im Screening-Verfahren ausgeschlossen ist.
- 23 Hier sollte der Gesetzgeber im parlamentarischen Verfahren dringend nachsteuern“
- 24 (Prof. Dr. Winfried Kluth, Vorsitzender).
- 25 Als Landesverband Berlin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schließen wir uns diesen
- 26 Forderungen des Sachverständigenrats vorbehaltlos an. Dies gilt auch mit Blick
- 27 auf die neuen europarechtlichen Verpflichtungen der Länder, in ihren
- 28 Aufnahmeeinrichtungen künftig geeignete Vorkehrungen zu treffen, um die
- 29 besonderen Bedürfnisse vulnerable Gruppen besser berücksichtigen zu können:
- 30 „Einrichtungen für entsprechende Fallzahlen müssen auch gebaut oder bestehende
- 31 ertüchtigt und mit mehr Personal betrieben werden. Es liegt jetzt bei den
- 32 Ländern, das umzusetzen“ (Prof. Dr. Kluth).
- 33 Für uns ist klar: Menschen dürfen nicht inhaftiert werden, nur weil sie Asyl
- 34 beantragen. Das GEAS-Anpassungsgesetz muss so ausgestaltet werden, dass jede
- 35 Form der Inhaftierung von Kindern ausgeschlossen wird. Kinder müssen kindgerecht
- 36 untergebracht und versorgt werden. Haft ist mit dem Kindeswohl grundsätzlich
- 37 nicht vereinbar.

38 Wir wollen, dass die Überwachung der Einhaltung der Grundrechte in der  
39 Bundesrepublik Deutschland den Leitlinien der Agentur für Grundrechte der  
40 Europäischen Union (FRA) entsprechend gesetzlich geregelt wird. Der unabhängigen  
41 Nationalen Menschenrechtsinstitution Deutschlands müssen in diesem Zusammenhang  
42 dauerhaft zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden.

43 Die besonderen Bedürfnisse vulnerabler Gruppen wie beispielsweise Kinder,  
44 queerer Menschen oder Menschen mit Behinderung müssen im Aufnahme- und  
45 Asylverfahren berücksichtigt werden. Bei der Durchführung der neuen Screening-  
46 Verfahren ist sicherzustellen, dass die entscheidende Bewertung der  
47 Vulnerabilität von entsprechend qualifiziertem Fachpersonal außerhalb der  
48 Sicherheitsbehörden durchgeführt wird.

## Beschluss (vorläufig) Berlin böllerfrei - für ein sauberes sicheres und inklusives Silvester

Gremium: Landesausschuss  
Beschlussdatum: 10.12.2025  
Tagesordnungspunkt: 3. Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Für einen friedlichen, sicheren und umweltgerechten Jahreswechsel 2025/2026
- 2 sowie für alle folgenden Jahre fordern wir:
- 3 Die Einführung eines vollständigen Verbots des Verkaufs und der Verwendung von
- 4 privatem Feuerwerk zu Silvester sowie Nutzung aller landesrechtlichen Spielräume
- 5 zur Einschränkung des privaten Feuerwerks.
- 6 Falls ein vollständiges Verbot nicht unmittelbar umsetzbar ist, die deutliche
- 7 Ausweitung von Böllerverbotszonen zum Schutz besonders vulnerabler Gruppen und
- 8 Einrichtungen, insbesondere um:
- 9 Es ist nicht hinnehmbar, dass bis heute keinerlei Änderungen im Sprengstoffrecht
- 10 beschlossen wurden und auch die lange angekündigte Verschärfung des Waffenrechts
- 11 zur Einschränkung von SRS-Waffen immer noch auf sich warten lässt. Die
- 12 Untätigkeit der Innenminister\*innen von Bund und Ländern wollen wir nicht weiter
- 13 hinnehmen.
- 14 Silvester ist in Berlin die gefährlichste Nacht des Jahres. Dass von dem Verbot
- 15 der Abgabe von Feuerwerkskörpern und Böller ein Mal im Jahr abgewichen wird,
- 16 führt zu nicht hinnehmbaren Kollateralschäden für Mensch, Tier und Umwelt.
- 17 Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste und Krankenhauspersonal arbeiten im
- 18 Ausnahmezustand.
- 19 Diesen alljährlichen Ausnahmezustand kann man nicht als erhaltenswerte Tradition
- 20 bezeichnen. Die Eskalation rund um den Jahreswechsel nimmt unverhältnismäßige
- 21 Ausmaße an. Die Nachteile für Mensch, Tier und Umwelt sind nicht weiter
- 22 hinzunehmen. Es braucht endlich eine effektive Regulierung, damit ganz Berlin
- 23 sicher und gesund ins neue Jahr starten kann. In anderen Metropolen wie Paris
- 24 und New York gehören Laienfeuerwerke schon lange der Vergangenheit an.
- 25 Stattdessen sorgen zentrale Veranstaltungen dafür, dass Menschen zusammenkommen
- 26 und bei kontrolliertem Abbrennen von Feuerwerkskörpern friedlich in das neue
- 27 Jahr feiern können.
- 28 Über die Forderung eines ganzjährigen bundesweiten Verkaufsverbotes muss das
- 29 Land Berlin alle Möglichkeiten nutzen, die völlig unverhältnismäßigen Auswüche
- 30 der Silvesterböllerei einzuschränken und Alternativen zu schaffen. Konkret
- 31 fordern wir:
  - 32 • Tierheime, Tierparks, Zoos, Wildiergehege und öffentliche Grünflächen
  - 33 • eine Ausweitung der Böllerverbotszonen auf das gesamte Stadtgebiet
  - 34 • die verstärkte Kontrolle von Verbotszonen an und um Einrichtungen
  - 35 zum Schutz besonders vulnerabler Gruppen und Einrichtungen, wie

39 insbesondere Tierheime, Tierparks, Zoos, Wildtiergehege und öffentliche  
40 Grünflächen, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und Gesundheitszentren,  
41 Unterkünfte für Geflüchtete und Wohnungslose

- 42 • Unterkünfte für Geflüchtete und Wohnungslose  
43 • die Prüfung von Einschränkungen des Verkaufs in Dauer und Umfang von  
44 Feuerwerk der Kategorie F2 im Zeitraum vom 29 bis 31. Dezember

45 Eine öffentlichkeitswirksame Positionierung und umfassende Aufklärungskampagne  
46 durch den Landesvorstand und die Fraktion im Abgeordnetenhaus über die  
47 gesundheitlichen, ökologischen und sozialen Folgen privater Feuerwerke.

- 48 • ein Veranstaltungskonzept für ganz Berlin, mit professionellen Drohnen-  
49 oder Lasershows in allen Berliner Bezirken als attraktive, sichere und  
50 umweltfreundliche Alternative zum privaten Feuerwerk

51 Die Organisation und Finanzierung professioneller, zentraler Drohnen- oder  
52 Lasershows in allen Berliner Bezirken als attraktive, sichere und  
53 umweltfreundliche Alternative zum privaten Feuerwerk.

- 54 • eine öffentlichkeitswirksame Positionierung durch den Landesvorstand und  
55 die Abgeordnetenhausfraktion für ein böllerfreies Silvester in Berlin

56 Wir unterstützen weiterhin alle Schritte, die den Druck auf Bundesebene erhöhen,  
57 ein bundesweites Verkaufsverbot zu erzielen und die Regelungsmöglichkeiten für  
58 Länder und Kommunen zu verbessern. Es kann nicht sein, dass  
59 Gesetzesinitiativen zum Verbot von Pyrotechnik für Privatpersonen, über den  
60 Bundesrat oder die Innenminister\*innenkonferenz weiter blockiert werden.

**Beschluss Pflegenottelefon für Berlin – schnelle Hilfe im Pflegekrisenfall**

Gremium: Landesausschuss  
Beschlussdatum: 10.12.2025  
Tagesordnungspunkt: 3. Verschiedenes

**Antragstext**

1 Berlin wird älter und mit dem demografischen Wandel wächst auch die Zahl der  
2 Menschen, die Pflege benötigen. Der größte "Pflegedienst" sind dabei die  
3 pflegenden An- und Zugehörigen. Rund 86% der Pflegebedürftigen leben zu Hause  
4 und bekommen Unterstützung aus dem eigenen Umfeld. Dieses für einander Einstehen  
5 ist Ausdruck von Zusammenhalt und Solidarität und trägt unsere Gesellschaft..  
6 Unser Dank gebührt allen Menschen in der Pflege, dass sie hier ein  
7 selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

8 Verantwortung für Angehörige zu übernehmen, ist wertvoll – aber auch  
9 herausfordernd. Unsere Aufgabe als Politik ist es da, wo die, die Unterstützung  
10 leisten, selbst an Grenzen kommen, ein Unterstützungsangebot zu schaffen. Mit  
11 den Pflegestützpunkten in allen Bezirken und einer breiten Selbsthilfe- und  
12 Beratungsstruktur hat Berlin eine ausgebauten Pflegeunterstützungslandschaft.  
13 Trotzdem gibt es noch einiges zu tun. Berlin muss Caring Community werden mit  
14 lokalen Sorgestrukturen, Community Health Nurses, damit es erst gar  
15 Ausnahmesituation gibt. Aber als Land Berlin muss es besondere Unterstützung in  
16 einer pflegerischen Krise geben.

17 Doch bislang fehlt in Berlin eine funktionierende Krisenstruktur für  
18 pflegerische Notfälle. Immer häufiger wird der Rettungsdienst zu Situationen  
19 gerufen, in denen keine akute medizinische, sondern eine pflegerische Notlage  
20 besteht. Hamburg hat mit einem Pflegenottelefon und den daraus folgenden  
21 kurzfristig verfügbaren Notpflegeplätzen bereits eine Lösung für diese  
22 Versorgungslücke geschaffen.. Berlin braucht deshalb zu seinen bewährten  
23 Pflegekrisenstrukturen ein Pflegenottelefon. Der Senat muss dieses Modell  
24 schnellstmöglich aufgreifen und umsetzen.

25 Ziel ist es, pflegebedürftigen Menschen, ihren Angehörigen und Pflegekräfte in  
26 akuten Krisensituationen schnell, niedrigschwellig und bedarfsgerecht Hilfe zu  
27 bieten – bevor aus einer Pflegesituation ein Rettungsdiensteinsatz oder gar eine  
28 Notaufnahme wird.

29 Das Pflegenottelefon soll:

- 30 1. rund um die Uhr erreichbar sein und unmittelbar Hilfe vermitteln,
- 31 2. als Schnittstelle zwischen Rettungsdienst, Pflegeeinrichtungen und  
32 Kurzzeitpflegeplätzen agieren,
- 33 3. über eine digitale Plattform in Echtzeit verfügbare Pflegenotplätze  
34 anzeigen und buchen können,
- 35 4. eng mit der Berliner Beratungsstelle „Pflege in Not“ kooperieren,
- 36 5. auch für Fälle von Gewalt, Überforderung und Krisen in der häuslichen  
37 Pflege ansprechbar sein,
- 38 6. und in das bestehende Gesundheits- und Pflegenetzwerk der Stadt integriert  
39 werden.

40 Der Senat ist nun aufgefordert kurzfristig eine Förderrichtlinie für  
41 Pflegenotplätze zu erarbeiten und gemeinsam mit der Feuerwehr, den  
42 Pflegediensten und den Bezirken ein Umsetzungsmodell zu entwickeln. Denn die,  
43 die Care-Verantwortung übernehmen oder auf gute Pflege angewiesen sind, dürfen  
44 nicht alleine gelassen werden. Wir zeigen Herz für Pflegebedürftige, ihre  
45 Angehörigen und professionelle Pflegekräfte.

**Beschluss** Wenn's dir nicht gefällt, mach neu - juristische Ausbildung endlich zukunftsfest machen

Gremium: Landesausschuss  
Beschlussdatum: 10.12.2025  
Tagesordnungspunkt: 3. Verschiedenes

## Antragstext

1 Für uns als Bündnis 90/Die Grünen Berlin ist klar: Eine Reform der juristischen  
2 Ausbildung ist längst überfällig. Kai Wegner und Felor Badenberg setzen lieber  
3 auf Konzepte aus dem 19. Jahrhundert, als sich ernsthaft mit dem Reformbedarf zu  
4 beschäftigen, der seit Jahren von Studierenden, Lehrenden und Universitäten  
5 deutlich gemacht wird. Jüngst hat die CDU-Justizsenatorin wieder einmal  
6 klargestellt, dass sie keine Probleme in der Ausbildung sieht. Aber: Wenn die  
7 CDU lieber den Federkiel romantisiert und die Realität ignoriert, setzen wir uns  
8 umso energischer dafür ein, die juristische Ausbildung endlich ins 21.  
9 Jahrhundert zu bringen. Für einen gerechteren und zukunftsfähigen  
10 Ausbildungsweg. Für die Zukunft der Justiz und der Rechtspflege allgemein.

11 Wir fordern die Senatsverwaltung für Justiz daher auf, die Augen vor den  
12 berechtigten studentischen und universitären Anliegen nicht länger zu  
13 verschließen, den Reformbedarf endlich anzuerkennen und sich in der  
14 Justizminister\*innenkonferenz und dem entsprechenden Koordinierungsausschuss für  
15 eine ernsthafte und ergebnisorientierte Debatte über Lösungsmöglichkeiten der  
16 vielfältigen Probleme einzusetzen.

17 Handlungsfähigkeit der Justiz erhalten: Reformen erarbeiten  
18 und umsetzen

19 Berlin kann und sollte an der Spitze der Reformbemühungen stehen und zeigen, wie  
20 eine moderne, zukunftsfähige juristische Ausbildung aussehen kann. Wir setzen  
21 uns deshalb dafür ein, dass in den ersten Schritten hin zu einer Reform  
22 verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der juristischen Ausbildung in Berlin  
23 erarbeitet werden. Dafür muss der Senat alle relevanten Akteur\*innen an einen  
24 Tisch holen und gemeinsam ein zukunftsfähiges Konzept erarbeiten, indem die  
25 verschiedenen Interessen von Justiz, Praxis, Universitäten und Studierenden in  
26 angemessenen Ausgleich gebracht werden.

27 Zu diesen Maßnahmen gehören etwa die Reduktion des Pflichtfachstoffes, die  
28 Wiedereinführung des Abschichtens, eine weniger repressive Hilfsmittelverordnung  
29 für die Staatsprüfungen, diversere und paritätische Besetzung von  
30 Prüfungskommissionen und verdeckte Zweitkorrekturen in den Staatsprüfungen, die  
31 Ausweitung der digitalen Prüfungen auf die erste Staatsprüfung, die Einführung  
32 von anwenderfreundlichen, elektronischen Hilfsmitteln sowie die weitere  
33 Digitalisierung des Studiums.

34 Eine gerechtere Ausbildung schaffen

35 Darüber hinaus sind eine Stärkung und eine auskömmliche Finanzierung  
36 universitärer Repetitorien notwendig, sodass kostenfreie Alternativen zu den

37 traditionellen, aber extrem kostspieligen Repetitorien zur Verfügung stehen.  
38 Gute Noten dürfen keine Frage des Geldbeutels sein! Im Referendariat müssen die  
39 Unterhaltsbeihilfe erhöht und die Zuverdienstgrenze abgeschafft sowie kostenlose  
40 Klausurenkurse angeboten werden, damit der Zugang endlich für alle gleich wird.  
41 Die Justiz muss darüber hinaus mit ausreichend Mitteln zur Ausbildung von  
42 zusätzlichen Referendar\*innen ausgestattet werden. Personalmangel macht auch vor  
43 der Justiz nicht Halt. Wer hier jetzt die Augen verschließt, riskiert die  
44 Handlungsfähigkeit des Staates in diesem Bereich in schon wenigen Jahren.  
  
45 Außerdem muss endlich auch in der Ausbildung abgebildet werden, dass Vielfalt  
46 kein Selbstzweck ist, sondern zu einer gerechteren Justiz führt. Bei allen  
47 Reformmaßnahmen muss deshalb die Förderung von Inklusion und Diversität in der  
48 juristischen Ausbildung, sowohl in der Lehre und bei den Studierenden, als auch  
49 bei den Prüfer\*innen in den Examina, im Fokus stehen. Auch die interdisziplinäre  
50 Lehre und die Förderung des Erlernens von kritischer Analyse und Reflexion des  
51 Rechts müssen verstärkt werden und dürfen nicht aus finanziellen oder  
52 ideologischen Gründen zusammengestrichen werden.

## Beschluss (vorläufig) Grüne Positionen für eine Richtlinie zum Berliner Wald

Gremium: Landesausschuss  
Beschlussdatum: 10.12.2025  
Tagesordnungspunkt: 3. Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Grüne Positionen für eine neue Richtlinie zu den Berliner Wäldern
- 2 Warum ein weiteres Positionspapier zum Berliner Wald nach dem Beschluss unseres
- 3 Papiers „Die Berliner Wälder in der Klimakrise“ auf der LDK im Mai 2024?
- 4 Angesichts der fortgesetzten Verschlechterung des Zustands der Berliner Wälder,  
5 wie sich dies auch wieder in den Waldzustandsberichten der letzten Jahre gezeigt  
6 hat, wird von den regierenden Parteien, den Berliner Forsten und auch den  
7 Umweltverbänden eine Neubearbeitung der bisherigen Waldbaurichtlinie für  
8 notwendig gehalten. Von den Berliner Forsten wird das intern und gemeinsam mit  
9 der Senatsverwaltung bereits angegangen.
- 10 Wir Grüne denken, dass sich die forstliche Praxis grundsätzlich verändern muss.  
11 Sie darf den Waldbau nicht mehr in den Mittelpunkt stellen und nicht auf  
12 Holzwirtschaft ausgerichtet sein. Zur Erhaltung unserer Wälder und zur  
13 Verbesserung ihres Zustands muss der Umgang mit ihnen in der Praxis jetzt sofort  
14 auf die großen klimatischen Veränderungen und den massiv drohenden Verlust der  
15 Biodiversität ausgerichtet werden. Darüber hinaus stellen sich viele weitere  
16 Fragen zur Förderung einer natürlichen, selbstbestimmten Entwicklung des Waldes,  
17 zum Schutz und der Förderung biologischer Vielfalt und gerade auch in Berlin zu  
18 seiner Erholungsfunktion.
- 19 Dies muss auch in einer grundsätzlich neuen Richtlinie zum Handeln im bzw. zum  
20 Umgang mit dem Wald zum Ausdruck kommen. Hierzu haben wir unsere Positionen  
21 übersichtlich in einigen wichtigen Leitlinien und daraus folgenden Maßnahmen  
22 zusammengefasst, um sie in die zurzeit stattfindenden Diskussionen einzubringen.
- 23 Was sollte in einer Richtlinie zum Umgang mit dem Berliner Wald enthalten sein:
- 24 Allgemeine Ziele/ Leitlinien:
  - 25 • Unsere Berliner Wälder als unsere „grüne Lunge“ und natürliche  
26 Klimaanlage, als Lebensraum für zahllose Arten, als Kohlenstoffspeicher,  
27 Wasserspeicher und als Erholungsraum erhalten
  - 28 • Förmliche Sicherung des Berliner Waldbestandes per Gesetz sowie eine  
29 Ausweitung des Bestandes, insbesondere durch Ankauf außerhalb der  
30 Landesgrenze
  - 31 • Im Lichte der sich verstärkenden Klimakrise Widerstandsfähigkeit und  
32 Überlebensfähigkeit der Wälder sichern
  - 33 • Dem Rückgang der Biodiversität aktiv entgegenwirken und die Artenvielfalt  
34 stärken (Renaturierungsmaßnahmen gemäß des EU-Gesetzes zur

35 Wiederherstellung der Natur und des Aktionsprogramms Natürlicher  
36 Klimaschutz zügig voranbringen)

- 37 • Um die Doppelkrise Biodiversitätsverlust und Klimawandel wirksam zu  
38 bewältigen, Entwicklungen hin zu natürlichen und vielfältig strukturierten  
39 Wäldern zulassen und wo erforderlich unterstützen
- 40 • Natürliche Prozesse und Interaktionen der vielfältigen  
41 Lebensgemeinschaften über und unter der Erde müssen berücksichtigt werden,  
42 da sie in enger Wechselwirkung stehen und voneinander abhängig sind.  
43 Eingriffe in eines dieser Elemente können langfristige negative Folgen für  
44 das gesamte Waldökosystem haben.
- 45 • Dabei ist insbesondere der immense Umfang der verborgenen/unentdeckten  
46 Biodiversität und deren Folgen hinsichtlich der Stabilität der  
47 verschiedenen Waldökosysteme zu beachten
- 48 • Menschengemachte schädliche Einwirkungen auf das Ökosystem Wald minimieren

49 Daraus sich ergebende konkretere Ziele und Maßnahmen:

- 50 1. Schutzgebiete ausweiten
- 51 2. Mehr Waldgebiete unter strikten und rechtlich gesicherten Schutz stellen,  
52 d.h. mehr und größere Naturschutzgebiete schaffen, die auch tatsächlich  
53 den Anforderungen entsprechen. In den Natura 2000-Gebieten mit 15 FFH-  
54 Gebieten und 5 Vogelschutzgebieten die Naturqualität und Biodiversität bis  
55 2030 merklich und sichtbar verbessern (wie es auch das Gesetz zur  
56 Wiederherstellung der Natur fordert)
- 57 3. Die Naturwald-Entwicklungsflächen (ehemals Referenzflächen) mittels eines  
58 engmaschigen Monitorings beobachten und mit den anderen Waldflächen  
59 vergleichen
- 60 4. Ökokorridore zur Vernetzung von Ökosystemen/wertvollen Biotopen erweitern  
61 bzw. schaffen, die isolierte Gebiete miteinander verbinden und die  
62 Migration von Tieren, den genetischen Austausch zwischen Populationen  
63 sowie die Erhaltung der Biodiversität ermöglichen
- 64 5. Gezielte Ökologisierungsstrategie in allen Berliner Wäldern
- 65 6. Für die Berliner Wälder innerhalb wie außerhalb der Stadtgrenzen eine  
66 Strategie zur Stärkung der biologischen Vielfalt und der vorhandenen Arten

- 67 erarbeiten, die für alle Waldreviere gemäß den besonderen Gegebenheiten  
68 vor Ort ausgestaltet wird
- 69 7. Konsequenter Erhalt von Altbäumen auf allen Waldflächen
- 70 8. Baumartenzusammensetzung in Laubmischwäldern der natürlichen Entwicklung  
71 überlassen
- 72 9. Erneuerung durch Naturverjüngung
- 73 10. Auf standortheimische Baumarten setzen
- 74 11. Den Fraß oder die Beschädigung von Trieben und jungen Bäumen durch ein  
75 differenziertes und evidenzbasiertes Wildtiermanagement reduzieren
- 76 12. Stehendes sowie liegendes Totholz im Wald belassen. Ausnahmen sind zu  
77 begründen.
- 78 13. Um Waldböden zu erhalten, einen Maßnahmenkomplex entwickeln, der die  
79 anthropogene Belastung verringert, natürliche Bodenbildungsprozesse  
80 bewahrt und das biologische Gleichgewicht unterstützt
- 81 1. Auf den Einsatz schwerer, bodenverdichtender Maschinen im Wald verzichten
- 82 10. Untersuchungen der Waldböden durchführen, um die Anreicherung von  
83 Schadstoffen (aus dem Verkehr, aus Kraftwerken, Industrie- und

- 84 landwirtschaftlichen Betrieben sowie privaten Holzöfen) zu prüfen und  
85 Maßnahmen zur Reduktion einzuleiten
- 86 11. Im Fall von Waldbrand auf Regeneration der betroffenen Flächen vorwiegend  
87 aus eigener Kraft im Schatten des geschädigten Baumbestands setzen
- 88 50. Im Vorgehen, um in verdichteten Kiefernreinkulturen einen resilienten Wald  
89 entstehen zu lassen, laufend neue Erkenntnisse berücksichtigen, auch  
90 bezüglich der verschiedenen Standorte
- 91 51. Wasser und Moore im Wald
- 92 52. Entwässernde Infrastruktur in und an den Wäldern zurückbauen
- 93 53. Noch bestehende Waldmoore erhalten und renaturieren; ein Programm zur  
94 Wiedervernässung, zum Entkusseln und Freistellen der Moore aufsetzen; die  
95 Trinkwassergewinnung im Umkreis der Moore dementsprechend angeleichen
- 96 54. Holzwirtschaft
- 97 55. Den Holzeinschlag auf ein Minimum reduzieren und dann nur in verdichteten  
98 Kiefernmonokulturen, mit dem Ziel einer Verdoppelung des in den Berliner  
99 Wäldern unterdurchschnittlichen Holzvorrats
- 100 56. Fällungen nur einzelner Bäume; Transport darf nur geringste Bodenschäden  
101 verursachen, deshalb den Einsatz schwerer Maschinen schnellstmöglich  
102 beenden
- 103 57. Vermarktung als Wertholz direkt durch die BF unter Ausschluss von  
104 Holzverbrennung
- 105 58. Fachkräfte und Monitoring
- 106 59. Kontinuierliche Weiterbildung der im Wald tätigen Menschen hinsichtlich  
107 der Ökologisierung des Waldes
- 108 60. Zusätzlich zu den Förstern auch vermehrte Mitarbeit von Waldökologen
- 109 61. Regelmäßiges satellitengestütztes Monitoring durchführen, das auch den  
110 Zustand der Waldböden einschließt
- 111 62. Stadt, Bevölkerung und Umweltbildung
- 112 63. Stärkung und Ausbau der Umweltbildungszentren und Waldschulen, um  
113 Umweltbildung und Bewusstsein für Waldflege zu fördern
- 114 64. Jährliche „Waldtage“ mit öffentlicher Beteiligung organisieren;  
115 Schulprogramme zur aktiven Beteiligung an der Waldflege ausbauen
- 116 65. Internationale Kooperationen und Bildungsprojekte zum Schutz der Wälder  
117 fördern
- 118 66. Verkehrsbeschränkungen auf den Waldwegen

119 67. Waldprävention ausbauen

120 Daraus folgend dürfen selbstverständlich folgende Maßnahmen nicht sein:

- 121 • Kahlschläge
- 122 • Durchforstungen und Ringeln von Bäumen
- 123 • Sprengungen der Bäume mit Dynamit
- 124 • Einbringen von gentechnisch veränderten Pflanzen
- 125 • Anpflanzen von nichtheimischen Bäumen
- 126 • Anlegen von Monokulturen
- 127 • Entwässern von Feuchtgebieten
- 128 • Verdichten des Bodens (z.B. durch Arbeiten mit Harvestern)
- 129 • Füttern von Wildtieren
- 130 • Rücksichtsloses Verhalten der Bürger bezüglich der Bedürfnisse des Waldes  
(z.B. Befahren außerhalb der dafür vorgesehenen Wege, freies Laufenlassen  
von Hunden, Müll hinterlassen etc.)
- 131
- 132

## Beschluss (vorläufig) Wehrpflicht nein danke! Freiwilligendienste strukturell stärken

Gremium: Landesausschuss  
 Beschlussdatum: 10.12.2025  
 Tagesordnungspunkt: 3. Verschiedenes

### Antragstext

1 Spätestens seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine zeigt  
 2 sich, dass Frieden und Freiheit in Europa keine Selbstverständlichkeiten mehr  
 3 sind. Auch Deutschland steht zunehmend im Fokus hybrider Bedrohungen: von  
 4 Cyberangriffen über Desinformation bis hin zu Versuchen gezielter  
 5 gesellschaftlicher Destabilisierung. Wir nehmen diese veränderte  
 6 sicherheitspolitische Lage ernst, ebenso wie die damit verbundenen Sorgen und  
 7 Ängste der Bevölkerung.

8 Diese Realität markiert eine echte sicherheitspolitische Zeitenwende, eine  
 9 Zäsur, die von uns verlangt, Wehrhaftigkeit und Resilienz neu zu denken. Doch  
 10 eine Zeitenwende bedeutet nicht automatisch die Rückkehr zu alten und überholten  
 11 Konzepten, wie die Bundesregierung sie plant.

12 Am 13. November 2025 einigte sich die Bundesregierung aus Union und SPD auf das  
 13 sogenannte Wehrdienstmodernisierungsgesetz (WDModG). Angelehnt an das  
 14 Schwedische Modell soll zunächst auf die Förderung von Freiwilligkeit gesetzt  
 15 werden. Verpflichtend ist zunächst nur das Ausfüllen eines Fragebogens und die  
 16 Musterung aller jungen Männer, die 2008 oder später geboren wurden. In Berlin  
 17 würde das im kommenden Jahr 16.000 Jugendliche betreffen. Melden sich dennoch  
 18 nicht genug Personen freiwillig, sieht der Gesetzentwurf eine Bedarfswehrpflicht  
 19 vor, die vom Bundestag beschlossen werden kann. Das Verfahren dafür steht noch  
 20 nicht vollständig fest, aber auch Zufallsverfahren wie das Losverfahren werden  
 21 weiterhin debattiert.

22 Als Bündnis 90/Die Grünen Berlin lehnen wir eine Wiedereinführung der  
 23 verpflichtenden Musterung, der Wehrpflicht oder die Einführung anderweitiger  
 24 Pflichtdienste entschieden ab. Ein verpflichtendes Dienstjahr, wie es von  
 25 konservativen Kreisen gefordert wird, ist ein gesellschaftspolitischer  
 26 Rückschritt und steht in klarem Widerspruch zu unseren Grundwerten von  
 27 Selbstbestimmung und Freiheit. Stattdessen setzen wir darauf, bestehende  
 28 Angebote des freiwilligen, gesellschaftlichen Engagements zu stärken, bestehende  
 29 Hürden abzubauen und Strukturen, die echte Beteiligung und Zusammenhalt  
 30 ermöglichen, zu stärken. Dienste inner- und außerhalb der Bundeswehr müssen so  
 31 gestaltet werden, dass sie die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie und den  
 32 gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

33 Die Bundesregierung steht auch in der Verantwortung, die Bevölkerung vor einem  
 34 militärischen Angriff zu schützen und eine bestmögliche Vorbereitung auf einen  
 35 möglichen Angriff zu gewährleisten. Dabei geht es neben der personellen  
 36 Einsatzbereitschaft der Bundeswehr auch um den Zivilschutz. Dabei setzen wir  
 37 klar und konsequent auf Freiwilligkeit. Das im Grundgesetz garantierte Recht auf  
 38 Verweigerung des Wehrdienstes mit der Waffe ist für uns unantastbar.

39 Die eingeschränkten Kapazitäten für die Ausbildung sollten für geeignete  
 40 Freiwillige jeden Alters und Geschlechts optimal genutzt und ausgebaut werden.

41 Wir wollen den Wehrdienst und Zivilschutz für eine breite Zielgruppe attraktiver  
42 machen und auch die Rahmenbedingungen von Freiwilligendiensten stärken - diese  
43 Aufgabe muss jetzt ernsthaft und mit Nachdruck angegangen werden. Auch bei  
44 Freiwilligendiensten muss sichergestellt werden, dass sie tatsächlich allen  
45 Menschen zugänglich sind. Um Zivilschutz und militärische Reserve strukturiert  
46 aufzubauen fordern wir die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für  
47 gesamtstaatliches Krisenmanagement, die die zivil und militärisch nutzbaren  
48 Kompetenzen von Freiwilligen abfragt und passende Aus- und  
49 Fortbildungsmöglichkeiten vermittelt. Dabei reicht es nicht, Antworten nur auf  
50 der nationalen Ebene zu geben. Wir bekennen wir uns zu einer handlungsfähigen,  
51 demokratisch kontrollierten Bundeswehr und zur Verteidigungsfähigkeit  
52 Deutschlands im europäischen und internationalen Verbund. Europäische und  
53 internationale Krisen brauchen europäische und internationale Antworten. Deshalb  
54 wollen wir die europäische Zusammenarbeit in diesen Bereichen weiter stärken,  
55 insbesondere bei Zivilschutz und Freiwilligendiensten.

56 Schluss mit Politik über die Köpfe junger Menschen hinweg

57 In der öffentlichen Debatte um die Wiedereinführung der Wehrpflicht geht die  
58 Perspektive junger Menschen oftmals unter. Gleichzeitig zeigen Umfragen seit  
59 Jahren ein eindeutiges Bild: Diejenigen, die am Ende einen Pflichtdienst  
60 ableisten müssten, lehnen ihn klar ab. Mehr als 60 % der unter 30-Jährigen  
61 sprechen sich regelmäßig gegen eine Wehrpflicht aus und laut einer von  
62 Greenpeace in Auftrag gegebenen Studie würde eine Mehrheit der 16- bis 25-  
63 Jährigen den Dienst an der Waffe sogar verweigern. Diese Zahlen verdeutlichen:  
64 Junge Menschen wollen selbst bestimmen, wie und wo sie Verantwortung übernehmen.  
65 Tausende Schüler\*innen deutschlandweit organisieren Proteste und Schulstreiks  
66 gegen ein Wehrpflicht. Wir stehen an ihrer Seite und solidarisieren uns mit  
67 allen Schüler\*innen die ihr Stimme nutzen um sich Gehör bei Politik und  
68 Gesellschaft zu verschaffen: für politische Entscheidungen mit und für jungen  
69 Menschen, für eine Perspektive und sichere Zukunft und gegen Maßnahmen, die  
70 Unsicherheit verursachen und gleichzeitig keine echten Lösungen sind.

71 Dabei ist es gerade diese junge Generation, die in den vergangenen Jahren  
72 bereits enorme Lasten getragen hat. Während der Corona-Pandemie hat sie sich  
73 zurückgenommen, zentrale Erfahrungen ihrer Jugend verpasst und ältere sowie  
74 vulnerable Gruppen geschützt. Die negativen Auswirkungen dieser Zeit in den  
75 Bereichen Bildung und mentaler Gesundheit wurden politisch nie aufgefangen.  
76 Heute ringt sie mit hohen Mieten, gestiegenen Preisen und Unsicherheit in  
77 Ausbildung, Studium und Beruf und wird die dramatischsten Folgen der Klimakrise  
78 erleben. Hinzu kommt der jahrzehntelange Investitionsstau in Bildung,  
79 Infrastruktur und Daseinsvorsorge, dessen Konsequenzen junge Menschen bereits  
80 heute ausbaden müssen und die das Vertrauen in Politik und staatliche  
81 Institutionen seit Jahren schwächen.

82 Vor diesem Hintergrund einen militärischen oder gesellschaftlichen Pflichtdienst  
83 einzufordern bedeutet, eine Generation in die Verantwortung für die  
84 Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu ziehen, der die Politik selbst über Jahre  
85 hinweg elementare gesellschaftliche Verantwortung schuldig geblieben ist. Von  
86 jungen Menschen zu verlangen, die Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte  
87 auszubügeln und die gesellschaftliche Verantwortung der Verteidigungsfähigkeit  
88 zu schultern, während ihre eigenen Bedürfnisse, Chancen und Lebensrealitäten

89 politisch zu lange vernachlässigt wurden, geht gegen den Grundwert der  
90 Generationengerechtigkeit, für den wir als Partei wie keine andere stehen.

91 Für uns steht fest: Junge Menschen sind nicht bloß eine Ressource, auf die der  
92 Staat im Krisenfall zurückgreifen kann, sondern aktive Mitgestalter\*innen  
93 unserer demokratischen Gesellschaft. Sie brauchen Räume, in denen sie  
94 selbstbestimmt handeln können und eine Politik, die ihnen zutraut, Verantwortung  
95 freiwillig zu übernehmen. Was sie nicht brauchen, sind staatliche  
96 Pflichtdienste, die ihre Freiheit einschränken und ihre Perspektiven ignorieren.

97 Für den Verteidigungsfall explizit junge Menschen verpflichten zu wollen ist  
98 grundsätzlich falsch. Der Fokus sollte hier nicht auf den Jüngsten liegen,  
99 während diese Generation gleichzeitig von den nicht-zukunftsgewandten  
100 Entscheidungen der aktuellen Regierungen nicht berücksichtigt oder mitgenommen  
101 wird.

## 102 Strukturelle Probleme in der Bundeswehr anerkennen und beheben

103 Strukturell verfügt die Bundeswehr derzeit weder über die notwendige  
104 Infrastruktur noch über ausreichende personelle Kapazitäten, um eine  
105 Wiedereinführung der Wehrpflicht überhaupt sinnvoll umsetzen zu können. Es  
106 mangelt an Ausbilder\*innen, an Material, an Unterkünften, an modernen  
107 Übungsplätzen und an flexiblen Organisationsstrukturen. Hinzu kommen massive  
108 Probleme im Beschaffungswesen.

109 Gleichzeitig bestehen tiefgehende institutionelle Problemen: Immer wieder rücken  
110 rechtsextreme Netzwerke in der Bundeswehr, insbesondere im KSK, in den Fokus.  
111 Berichte über Rassismus, Sexismus und Queerfeindlichkeit zeigen, dass die  
112 Bundeswehr strukturell noch weit von einem inklusiven, diskriminierungsfreien  
113 Umfeld entfernt ist. Gleichzeitig bestehen tiefgehende institutionelle  
114 Probleme: Immer wieder rücken rechtsextreme Netzwerke in der Bundeswehr,  
115 insbesondere im KSK, in den Fokus. Berichte über Rassismus, Sexismus und  
116 Queerfeindlichkeit zeigen, dass die Bundeswehr strukturell noch weit von einem  
117 inklusiven, diskriminierungsfreien Umfeld entfernt ist. Zugleich gilt es, das  
118 Engagement jener Menschen anzuerkennen, die in der Bundeswehr, dem  
119 Katastrophenschutz und im Technischen Hilfswerk, und die tagtäglich unter oft  
120 schwierigen Bedingungen professionellen Dienst leisten und Verantwortung für die  
121 Sicherheit Deutschlands und Europas übernehmen. Eine zukunftsfähige Bundeswehr  
122 muss sich durch hohe Professionalität, Verfassungstreue und Sensibilität für  
123 Vielfalt und Demokratie auszeichnen. Daher braucht es gezielte Reformen in  
124 Ausbildung, Supervision und interner Kontrolle, um Fehlentwicklungen strukturell  
125 zu verhindern und Vertrauen zu stärken. Anstatt junge Menschen per Pflichtdienst  
126 in solche Strukturen zu zwingen, braucht es konsequente Aufarbeitung und starke  
127 interne und externe Kontrollmechanismen, sowie eine Kultur, die Fehlverhalten  
128 klar sanktioniert und Betroffene schützt. Dazu gehört auch eine umfassende und  
129 verpflichtende Weiterbildung aller Angehörigen der Bundeswehr zu  
130 Diskriminierung, Vielfaltkompetenz und demokratischer Kultur. Wer in  
131 staatlicher Verantwortung steht und mit Waffen ausgebildet wird, muss besonders  
132 sensibel für Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und jede  
133 andere Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sein und entsprechend  
134 handeln.

135 Dass die Bundeswehr für viele junge Menschen kein attraktives Arbeitsumfeld  
136 darstellt, zeigt sich auch in den hohen Abbruchquoten von rund 25 % in den

137 ersten Dienstmonaten. Diese Quote ist ein Symptom systemischer Probleme, nicht  
138 fehlender „Verantwortungsbereitschaft“ einer Generation.

139 Junge Menschen sind keine Lückenfüller: soziale Infrastruktur stärken

140 Der Fachkräftemangel im sozialen Sektor ist seit Jahren ein zunehmendes Problem  
141 und wird sich in den kommenden Jahren noch weiter verschärfen. Besonders in der  
142 Pflege, in Kitas, in der Jugendhilfe und in Einrichtungen für Menschen mit  
143 Behinderungen fehlen qualifizierte Fachkräfte. Diese Versorgungslücken entstehen  
144 jedoch nicht, weil es zu wenige junge Menschen gibt, die grundsätzlich bereit  
145 wären, im sozialen Bereich zu arbeiten, sondern weil der Staat seit Jahren darin  
146 versagt, verlässliche und attraktive Rahmenbedingungen für Beschäftigte im  
147 sozialen Bereich zu schaffen.

148 Ein Pflichtdienst adressiert weder die Ursachen des Fachkräftemangels noch die  
149 strukturellen Schwächen des sozialen Sektors. Der damit verbundene Mehraufwand  
150 für Supervision, Wissensvermittlung und organisatorische Betreuung würde  
151 bestehende Engpässe eher verschärfen, als sie zu beheben. Statt tiefgreifenden  
152 Lösungsansätzen durch zum Beispiel Investitionen in Bildung und Ausbildung  
153 werden hier Scheinlösungen mit jungen Menschen als Leidtragenden vorgeschlagen.  
154 Auch große Wohlfahrtsverbände und Träger von Freiwilligendiensten wie der  
155 Paritätische Gesamtverband oder die Diakonie haben sich zuletzt entschlossen  
156 gegen eine Dienstplicht geäußert und weisen auf die mit einer Dienstplicht  
157 einhergehenden Grundrechtsverletzungen sowie den immensen organisatorischen  
158 Aufwand und die Kosten hin. Außerdem kritisieren sie, dass soziale Berufe durch  
159 so einen Eingriff abgewertet werden.

160 Freiwilligendienste strukturell stärken

161 Bereits heute engagieren sich bis zu 100.000 Menschen jedes Jahr im Rahmen von  
162 Freiwilligendiensten wie dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ), dem  
163 Bundesfreiwilligendienst (BFD) oder dem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ).  
164 Zumeist sind es junge Menschen, die sich nach ihrer Schulzeit für ein Jahr des  
165 gesellschaftlichen Engagements entscheiden und Tag für Tag Verantwortung  
166 übernehmen. Sie unterstützen Pflegekräfte in Altenheimen, begleiten Kinder und  
167 Jugendliche in Schulen und Kitas, helfen Menschen mit Behinderung im Alltag oder  
168 setzen sich für den Klima- und Naturschutz ein.

169 Mit ihrem Einsatz stärken sie nicht nur soziale Einrichtungen und gemeinnützige  
170 Organisationen, sondern sammeln auch selbst wertvolle und nachhaltig-prägende  
171 Erfahrungen. Viele entdecken durch ihren Freiwilligendienst neue berufliche  
172 Perspektiven, lernen ihre eigenen Fähigkeiten besser kennen und entwickeln ein  
173 starkes Bewusstsein für gesellschaftliche Zusammenhänge. Nicht selten entstehen  
174 aus diesem Engagement langfristige berufliche oder ehrenamtliche Bindungen, die  
175 weit über das eigentliche Dienstjahr hinausreichen.

176 Freiwilligendienste zeigen: junge Menschen sind bereit, sich einzubringen,  
177 gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und sich zu engagieren. Politik  
178 muss diese Bereitschaft stärken, statt auf Zwang und Bevormundung zu setzen.  
179 Statt Debatten über ein Pflichtjahr braucht es verlässliche finanzielle und  
180 strukturelle Rahmenbedingungen, bessere Anerkennung von Leistungen und niedrige  
181 Zugangshürden für alle Menschen, die sich bereits heute freiwillig engagieren  
182 wollen.

183 Freiwilligendienste stehen seit Jahren unter Druck. Einsatzstellen kämpfen um  
184 eine ausreichende Finanzierung. Im Bundeshaushalt 2025 sind Kürzungen bei  
185 Freiwilligendiensten von rund 40 Millionen € vorgesehen, was etwa 20% weniger im  
186 Vergleich zum Vorjahr sind. Und für die Freiwilligen reicht das Taschengeld bei  
187 langem nicht aus um sich das Leben zu finanzieren - schon gar nicht in einer  
188 Stadt wie Berlin!

189 Und trotzdem werden nach aktuellen Haushaltsplänen des Bundes etwa ein Drittel  
190 der aktuellen Mittel für Freiwilligendienste gestrichen. Junge Menschen leiden  
191 schon jetzt unter kaputtgesparten Strukturen im Bereich des Freiwilligendienstes  
192 und auch in der Bundeswehr.

193 Darüber hinaus braucht es eine langfristige Absicherung der Trägerstrukturen,  
194 die Freiwilligendienste organisieren und begleiten. Eine verlässliche  
195 Finanzierung, hochwertige pädagogische Begleitung und klare Qualitätsstandards.

196 Deshalb fordern wir als Bündnis 90/Die Grünen Berlin:

197 • Einen Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst

198       ◦ Jede Person, die sich gesellschaftlich engagieren möchte, soll ein  
199 gesetzlich verankertes Recht auf einen Freiwilligendienst haben und  
200 dies unabhängig vom Alter, Gender oder finanziellen Hintergrund.

201 • Finanzielle Absicherung von Freiwilligendiensten

202       ◦ Wir fordern eine Anhebung des Taschengeldes für Freiwillige, die  
203 sich am BAföG-Höchstsatz orientiert und aus dem Bundeshaushalt  
204 finanziert wird. So kann Chancengleichheit erhöht werden und  
205 sozialer Ungleichheit entgegengewirkt werden.

206 • Kostenloser Zugang zum ÖPNV für alle Freiwilligen

207       ◦ Wir fordern eine kostenfreie Bereitstellung des Deutschlandtickets  
208 für Freiwillige, um die finanzielle Belastung zu reduzieren. Des  
209 Weiteren müssen Freiwillige Anspruch auf die gleichen  
210 Vergünstigungen wie Senior\*innen oder Studierende erhalten.

211 • Sichtbarkeit von Freiwilligendiensten erhöhen

212       ◦ Wir fordern eine bundesweite Informationskampagne, mit einem  
213 Motivationsschreiben des/der Bundespräsidenten\*in an alle  
214 Schulabgänger\*innen. Damit soll Menschen geholfen werden, einen  
215 Überblick über die Vielfalt und die Möglichkeiten bestehender  
216 Programme zu erhalten.

217 • Einrichtung eines freiwilligen Engagementregisters beim THW

218       ◦ Die Berliner Bündnisgrünen setzen sich für die Einrichtung eines  
219 freiwilligen Engagementregisters ein, in das sich all jene –  
220 unabhängig von ihrem Geschlecht und Alter – eintragen können, die  
221 bereit sind, sich im Verteidigungs- und Krisenfall zu engagieren

222 Vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Gesamtlage, der strukturellen  
223 Defizite in der Bundeswehr und der bestehenden Engpässe im sozialen Bereich ist  
224 klar: Pflichtdienste oder die Wiedereinführung der Wehrpflicht sind weder

225 gerecht noch wirksam. Junge Menschen sollen nicht Zwangsdienste leisten, um  
226 politische Versäumnisse auszugleichen, sondern Räume erhalten, in denen sie  
227 freiwillig Verantwortung übernehmen können. Bündnis 90/Die Grünen Berlin stehen  
228 deshalb für eine konsequente Stärkung freiwilliger Dienste, die Engagement,  
229 Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und wertschätzen.